

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 79 (2024)

Heft: 1

Artikel: Bauern in europäischen Ländern in Aufruhr

Autor: Patzel, Nikola

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1084174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bauern in europäischen Ländern in Aufruhr

Nikola Patzel. Der Traktor als Machtmittel derer, die sich ohnmächtig fühlen. Der Traktor als Mittel zur Blockade von Verkehr und Veranstaltungen, mit welchem sich Landwirte **mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit <ernötigen>**. Denn viele in Europa sehen sich durch politische und wirtschaftliche Bedingungen in ihrer Existenz gefährdet. Was Ende 2023 in Deutschland nach einem Sparbeschluss der Regierung begann, brach bald darauf auch erneut in Frankreich aus, später in Polen, Spanien, ein wenig auch in der Schweiz.

Was ist da los? In diesem Beitrag werden Aussagen von Bauern und Bäuerinnen des nördlichen Nachbarn vorgestellt, mit denen ich persönlich sprechen konnte, ergänzt durch Zitate von solchen, die von Medien befragt wurden.

Herangewachsene Wut und ihre Gründe

Auslöser der Proteste war eine Regierungsentscheidung, steuerliche Privilegien von Landwirtschaftsbetrieben zu streichen. Die «Streichung der Diesel[steuer]-Rückvergütung ist nicht existenzbedrohend, aber es bringt das Fass zum Überlaufen», meinte eine zentral-konventionelle Verbandsvertreterin im Interview. Denn die Entscheidungen zeigten auch «die mangelnde Wertschätzung» für die Menschen, welche hauptsächlich für unser Essen sorgen.

Ein Bioberater erklärte mir die Ausbrüche so: «Eine Grundzufriedenheit ist schon seit Jahren zu spüren. Die einzuhaltenen rechtlichen Vorschriften sind immer mehr geworden, aber **diese äusseren Vorgaben passen nicht zu den inneren Verhältnissen in der Landwirtschaft**. Dieser Widerspruch frustriert die Leute sehr.» Inzwischen hätten aber auch die politischen Entscheidungsträger gemerkt, dass es gar nicht um den Agrardiesel gehe, sondern um eine nötige Neuausrichtung der Landwirtschaft.

Ein Bioverbands-Vorstandsmitglied meinte im Hintergrundgespräch: «Wenn die ganzen Demos zu mehr Diskussion darüber führen, was Landwirtschaft ist, was da die Lage ist und was sich ändern muss, dann ist es gut. Wenn es aber nur bei der Machtdemonstration bleibt, wo die Bauern ihre Maschinen als Machtmittel einsetzen, und sie glauben, sie könnten damit etwas beherrschen und

durchsetzen, dann haben sich die Bauern einen Bärendienst erweisen. **Es passt nicht zur Bäuerlichkeit, mit Gewalt etwas durchsetzen zu wollen.** Es gibt auch Verbandsvertreter, die wissen, dass es jetzt runde Tische bräuchte und echte Gespräche.» Ein Agrarwissenschaftler schrieb mir: «Zur Breite des Unmuts gehört auch, dass viele Vertreter der Bauern und Bäuerinnen, die seit Jahren sehr konkrete und auch gut umsetzbare Vorschläge an die Regierenden herangetragen hatten, **immer wieder ins Lee**re zu laufen schienen. Unendlich viel Arbeit wurde investiert, Papiere sorgfältig ausgearbeitet – aber es schien alles für die Katz. Schliesslich fing das Wasser an zu kochen.» Auch die Vorständin einer bäuerlichen Jugendorganisation zeigte sich im Medieninterview überzeugt: «Ohne respektvollen und inhaltlich fundierten Diskurs innerhalb der gesamten Gesellschaft wird es nicht gehen.» Sollte man dann überhaupt demonstrieren gehen? Bei Biobauern schlugen da oft «zwei Herzen in einer Brust», meinte ein Bioverbandspräsident auf Medienanfrage. Viele Biobauern sagen, dass sie eigentlich keine Lust haben, für Diesel demonstrieren zu gehen, obwohl sie oft mehr davon verbrauchen als die konventionellen Kollegen. Sie seien aber auf genug anderes wütend.

In der Gesamtbevölkerung erfuhren die deutschen Traktorproteste zunächst nach einer Umfrage 80% **verbale Unterstützung**, davon die relativ niedrigste bei Wählern der Grünen mit 60%. Mit zunehmenden Strassenblockaden mehrten sich die kritischen Stimmen, wie die Umfrage eines Radiosenders im Südwesten zeigte: «Heute hat sich der Stärkere auf der Strasse durchgesetzt. Ich bin umgekehrt und ins Home-Office.» «Warum protestieren die Bauern nicht einfach zu Fuss, wie alle anderen auch? Ich verstehe nicht, wieso solche Treckerdemos überhaupt erlaubt werden.» **«Ich fühle mich genötigt.** Wenn jeder, dem in diesem Land etwas nicht passt, den Verkehr blockiert, dann können wir einpacken.»

Auch gab es Kritik an der Wirtschaftsweise demonstrierender Bauern: «Es wäre von der Politik sinnvoller, nur noch Agrarbetriebe zu subventionieren, die auch für die Biodiversität und eine nachhaltige Produktion einstehen.» Selbstkritik kam vereinzelt auf:

«An der eigentlichen Misere, zu geringe Preise auf dem Absatzmarkt für Agrarprodukte, ändert die Beibehaltung des Dieselprivilegs aber nichts. Solange die grossen Discounter-Ketten **Dumpingpreise** für die Produkte diktieren, damit wir Verbraucher – nach Einbehalt saftiger Gewinne durch Lidl, Aldi und Co. – noch immer vergleichsweise günstig Butter, Milch etc. einkaufen können, ist den Landwirten nicht wirklich geholfen.»

Die Demonstrierenden selber sahen sich manchmal auch in einer grösseren Mission: «Wir kämpfen ja nicht nur für uns, sondern auch für das ganze Volk. Es betrifft uns ja alle, vor allem unsere Kinder in der Zukunft.» Zugleich versuchen rechtsextreme Akteure, Aktionen zu radikalisieren. Die in den Medien vieldiskutierte Traktorblockade und versuchte Erstürmung einer Nordseefähre, auf welcher sich Vizekanzler Robert Habeck befand, wurde später über Chat-Dokumentationen klar rekonstruiert: Bauern hatten sich spontan von Vertretern einer rechtsextremen Partei **aufhetzen lassen**, nachdem eine Vertreterin derselben den Minister auf der Fähre erkannt hatte. Ein Bioverbandsvorstand warnt: «Bei uns gibt es diese rechten Brüder auch, das darf man nicht unterschätzen, die muss man ganz klar zurückweisen.»

Bei der späteren Verhinderung einer Grossveranstaltung der Grünen mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten durch vor allem Traktordemonstrierende fand die Polizei bislang einfach nur Wut als Grund, keine politische Aufstachelung. Anderseits erlebte es auch ein Bauernverbandsvertreter in einer Mittelstadt am Bodensee, ausgebuht zu werden, als er bei einer Demonstration gegen Verfassungsfeinde und für demokratischen Dialog über die Regierung schimpfte.

In einem Artikel in der «Unabhängigen Bauernstimme» fragte Onno Poppinga (siehe auch Bericht auf S. 10/11), «welches Fass» bitte habe die teilweise Rücknahme der Dieselsteuer-Erstattung «zum Überlaufen gebracht? Es sei im Grunde die **Ausweglosigkeit der industriellen Landwirtschaft**, welche ihre Überschüsse vergeblich in weltweiten Exporten hatte unterbringen wollen. Die jetzt infrage gestellte Unterstützung der Mechanisierung

stamme aus den 1950er Jahren, als man die Produktion erhöhen und zugleich vormals bäuerliche Arbeitskräfte für die Industrie gewinnen wollte. Die Überschusskrisen begannen in den 1970er Jahren und wurden auf europäischer Ebene jeweils für einige Jahre mit agrarpolitischen Neuerungen teilweise aufgefangen, zuletzt mit dem Globalisierungsversprechen. Daraufhin sei besonders die deutsche **Schweineexportindustrie** extrem gewachsen (im Inland wurde dieses Fleisch weniger gegessen), fast alle kleinen und mittleren Schweinehaltungen dadurch zerstört ... bis ein paar Wildschweine die Schweinepest bekamen und auch dieser «Wachstumspfad» zur Sackgasse wurde. Als Element einer «Politik des «Aussitzens» seien vor Jahren von der Regierung Kommissionen eingesetzt worden. «Für die Politik bedauerlich war es aber, dass diese Kommissionen wichtige Ergebnisse brachten»: Ein **Umbau der Tierhaltung** für bessere Haltungsbedingungen und Tiergesundheit bei zugleich angemessenen Erlösen. Für alle Bereiche der Landwirtschaft **faire Preise**, «die sowohl die Kosten der Produktion abdecken als auch ein angemessenes Einkommen ermöglichen». Weil so lange nichts dergleichen geschehen sei, keine Neuausrichtung der Landwirtschaft, «fehlte jetzt nur

noch ein Funke an der Lunte oder eben der Tropfen für das volle Fass». – Gegen bessere Preise hat der deutsche Bauernverband nichts, doch sieht jener die Probleme vor allem bei den ökologischen und Umweltauflagen für die Landwirtschaft.

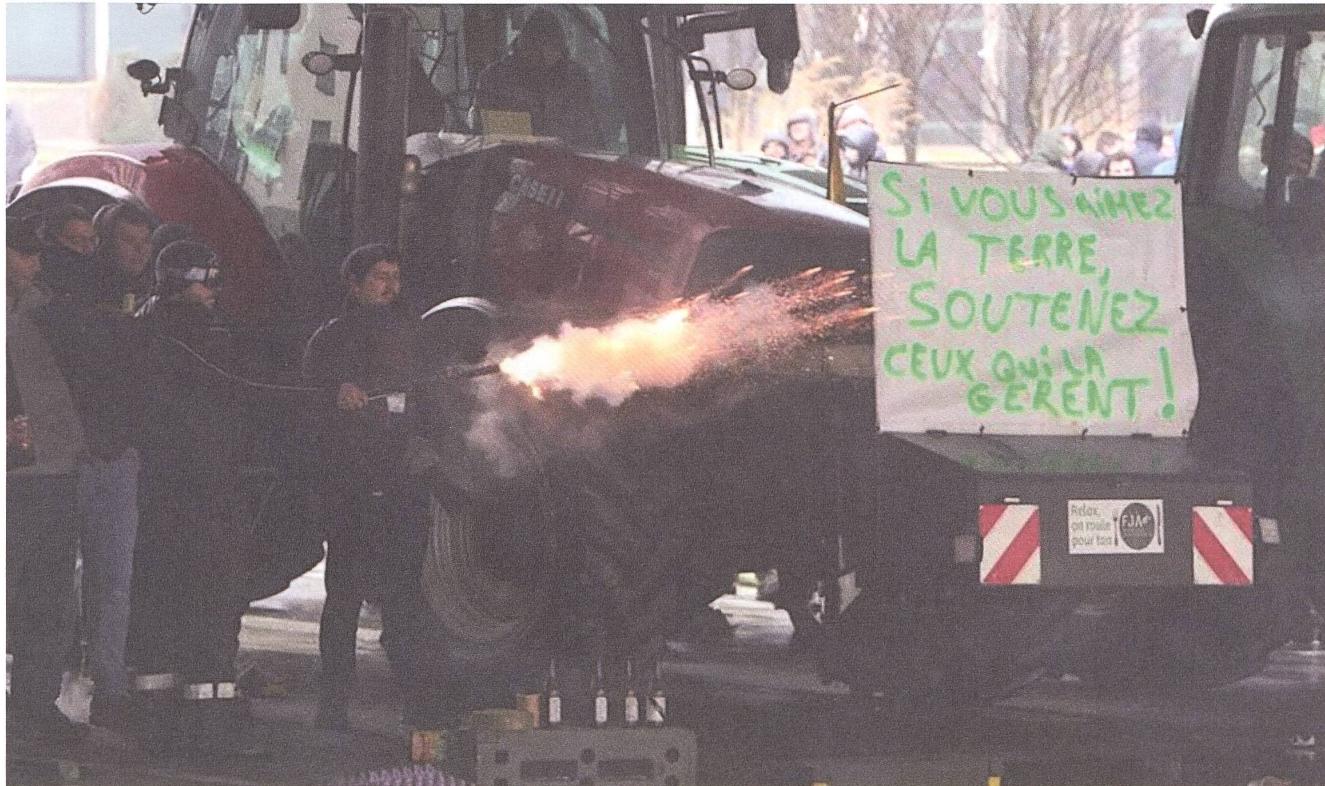
Weitere Länder

Das Land mit der stärksten Tradition drastischer Bauernproteste ist **Frankreich**. Dort ging es im Januar auch gleich wieder los: Strassensperren mit brennenden Strohballen, Gülle vor Supermärkten, eine bedrängte Landwirtschaftsausstellung. Protestiert wird gegen teuren Diesel, europäische Umweltauflagen, Bürokratie und transkontinentalen Freihandel. (Nach offizieller Statistik lebt ein Fünftel der französischen Bäuerinnen und Bauern unter der Armutsgrenze; die Suizidrate ist hoch.) In **Polen** wird schon länger gegen die Einfuhr ukrainischen Weizens protestiert: Grenzübergänge werden blockiert, Güterzüge gekapert und ihre Fracht verschüttet. (Der Weizenpreis lag in Deutschland im März 2024 bei 18 Cent/kg, 2022 waren es «sehr hohe» 30 ct; der ukrainische Spitzenweizen kostet derzeit 9 ct/kg: viele Mühlen in der EU griffen zu und füllten ihre Lager.) In den **Niederlanden** wird schon seit über einem Jahr wild dagegen

protestiert, dass die Stickstoff-Ausbringung zwecks Grundwasserschutz reduziert werden müsse.

Schweiz

In der Schweiz erklärte sich **Uniterre** solidarisch mit den Protesten in Deutschland und kritisierte Forderungen schweizerischer Umweltverbände an die Landwirtschaft, ausufernde Bürokratisierung, hohe Kosten und schlechte Preise. Die **Kleinbauernvereinigung** forderte «mehr Fairness in der Wertschöpfungskette und eine ganzheitliche und ökologische Agrar- und Ernährungspolitik.» In der Westschweiz wurde eine Facebook-Gruppe «**Révolte agricole Suisse**» gegründet mit 6000 vorwiegend jungen Mitgliedern. Mitorganisator Christian Hofmann sagte im Schweizerbauer: «Wir wollen einen ausgeglichenen, fairen Markt. Die Schweiz soll das erste Land mit geteilter Marge sein. ... Die Bewegung lässt sich nicht mehr aufhalten.» Es mag hier oder da etwas Wunschenken oder den Anflug eines Machtrausches geben. Sicher real sind die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und wohl auch kulturellen Probleme in der Landwirtschaft. Gibt es mal einen **heilenden Wandel**, wird Europa einen grossen Fortschritt gemacht haben. •



Szene einer gewaltvollen Demonstration mit 900 Traktoren in Brüssel am 26. Februar, während die Agrarminister tagten.

Foto: Yves Herman/Reuters